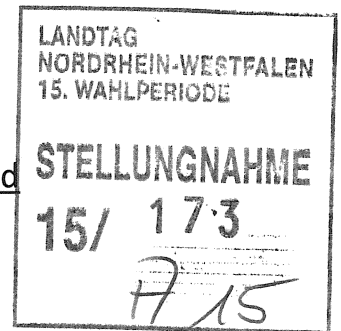


**General a.D. Karl-Heinz Lather**

Vorab-Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Schule und  
Weiterbildung des Landtages von NRW am 12. Januar 2011



Ich nehme im Folgenden vorab kurz zu den Fragen Stellung.

Zu 1. Die Tatsache, dass die Bundeswehr derzeit in nicht-zwischenstaatliche kriegerische Auseinandersetzungen involviert ist, bedeutet nicht, dass sie Krieg repräsentiert. Im Gegenteil, man mag sie mit Blick auf die deutsche Nachkriegsgeschichte eher als eine wirksame und erfolgreiche Friedensinitiative bezeichnen. Die Einladung von Angehörigen der Bundeswehr/Jugendoffizieren in Schulen zur Unterstützung der Lehrkörper halte ich für sinnvoll. Gegen eine Einladung von Vertretern aus Friedensinitiativen besteht kein Einwand.

Zu 2. Auch unabhängig von diesem Abkommen kommt die Bundeswehr ihrem grundgesetzlichen Auftrag nach.

Zu 3. Der Text des Abkommens überlässt es richtigerweise den Schulen, über die Art und Weise der Einbindung der Bundeswehr oder ihrer Vertreter in Unterrichts-, Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen zu entscheiden. Für mich wäre es kein Widerspruch, wenn parallel oder gemeinsam Vertreter von Friedensinitiativen die gleiche Chance erhielten. Im Gegenteil, so könnte sich die Zuhörerschaft/Zielgruppe ein eigenes Urteil bilden.

Zu 4. Ich halte dies über NRW hinaus ausdrücklich für geboten. Der Deutsche Bundestag entsendet Soldatinnen und Soldaten, die Länder und der Bund Polizistinnen und Polizisten in gefährliche Auslandseinsätze, die Tod und Verwundung bedeuten können. Dies bedarf der breiten sicherheitspolitischen Reflektion und Debatte auf der Grundlage sachlicher Information.

Zu 5. Grundsätzlich werden aus Sicht der Bundeswehr Jugendoffiziere zum Einsatz kommen. Es bleibt den interessierten Organisatoren der Schulen und zuständigen Ämter überlassen, auch weitere Akteure einzuladen.

Zu 6. Das überlasse ich den Lehrern. Aus meiner Sicht gehört eine kompetente und anschauliche Information durch die Bundeswehr jedoch dazu.

Zu 7. Als kompetente Personen stehen sie für sachliche Information.

Zu 8. Ja, unbedingt. Die Bundeswehr ist wie viele andere Organisationen auch Teil der Gesellschaft unseres Landes und unserer Demokratie. Damit soll sie, was ich für wünschenswert halte, auch in die Unterrichtsveranstaltungen von Schulen und in die Lehrerweiterbildung eingebunden werden.

Zu 9. Die Diskussion ist ein wesentliches Element zu eigenständiger Standortbestimmung und Meinungsbildung. Sie ist ein wichtiges didaktisches Mittel schulischer Erziehung und Ausbildung, und sie fördert das Vertreten, Formulieren und Hinterfragen eigener Positionen durch Lehrkräfte und Schüler.

Zu 10. Ja, absolut.

Zu 11. Meine persönlichen Erfahrungen sind die eines nebenamtlichen Jugendoffiziers in Hessen und Rheinland-Pfalz in den frühen 70er Jahren, sowie als Einheits- und Verbandsführer in Hessen in den 80er Jahren, als Brigadekommandeur in Brandenburg nach der Wiedervereinigung und als Befehlshaber im Wehrbereich V/Baden-Württemberg Ende der 90er Jahre. Dort habe ich mit der damaligen Kultusministerin Frau Dr. Schavan eine sehr ähnliche Vereinbarung getroffen. Über die Jahrzehnte hinweg habe ich diese Informationsarbeit als fruchtbar, fordernd, weil nicht immer spannungsfrei und weiterführend empfunden. Sie bedarf der Kontaktpflege durch alle Beteiligten.

Zu 12. Jugendoffiziere der Bundeswehr sind in der Regel gut ausgebildet und informiert. Manche von ihnen werden eigene Einsatzerfahrung haben. Authentischer ist aber eine parallele Information durch kompetente, erfahrene Vertreter von NGOs oder IOs. Wäre ich verantwortlich, würde ich immer Vertreter beider Seiten einladen.

Zu 13. Ich halte dies für eine Unterstellung und Unterschätzung der persönlichen Kompetenz der Mitarbeiter in den Ministerien sowie der Lehrkräfte. Allerdings sollte es neben der Bundeswehr anderen relevanten Akteuren möglich sein, sich mit entsprechenden Informationspaketen einzubringen.